

Thomas Steigleder

**Kontrollierte  
Selbstregulierung in der  
naturwissenschaftlich-  
technischen Forschung**

• Juristische Gesamtbibliothek  
Technische Universität Darmstadt

861031



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	12
<i>A. Einführung</i>	15
I. Aktueller Befund – Steuerung der Folgen naturwissenschaftlich-technischer Forschung durch Ordnungsrecht	16
II. Ziel der Arbeit	18
1. Verwaltungsorganisationsrecht als Steuerungsressource	19
2. Vom Begriff der Selbstregulierung und ihrer Bedeutung für Modelle alternativer Forschungssteuerung	21
III. Eingrenzung des Gegenstandes	25
1. Beschränkung auf die wissenschaftliche Forschung	25
2. Beschränkung auf die naturwissenschaftlich-technische Forschung	26
3. Die Grenze zur Produktion	28
IV. Gang der Untersuchung	30
<i>B. Grundlagen für ein Modell weitgehender Selbstregulierung der Forschung</i>	31
I. Kennzeichnung der Forschung in tatsächlicher Hinsicht	31
1. "Eigengesetzlichkeit" von Wissenschaft und Forschung	32
a) Prozeß der Erkenntnisfindung	33
(1) Erkenntnisfindung als Ergebnis individuell-kognitiver Vorgänge	34
(2) Erkenntnisfindung als Ergebnis der "Organisationsstruktur" Wissenschaft	38
(3) Verschränkungen zwischen individueller und institutioneller Autonomie	40
b) Das Deuten und Bewerten wissenschaftlicher Ergebnisse	41
c) Prozeß der Erkenntnisvermittlung als Voraussetzung weiteren Erkenntnisgewinns	43

d)	Teamarbeit, Interdisziplinarität und Internationalität	44
e)	Das Verhältnis von Wissenschaft und Forschung zur Öffentlichkeit	46
2.	Aspekte der Eigengesetzlichkeit naturwissenschaftlich-technischer Forschung	47
3.	Wer definiert, was Forschung ist?	51
4.	Unterschiede zur Eigengesetzlichkeit von Kunst	53
5.	Zwischenergebnis	55
II.	Kennzeichnung des Forschungsbereichs in rechtlicher Hinsicht	58
1.	Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG; Forschungsfreiheit als vorbehaltloses Grundrecht	58
a)	Der umfassende Schutzbereich eines subjektiven Abwehrrechts	59
b)	Schranken	61
c)	Objektiv-rechtliche Gehalte	62
2.	Europäisches Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit?	64
3.	Beispiele bereits praktizierter Selbstregulierung bzw. Selbstkontrolle in der Forschung	65
a)	Die Kommission "Selbstkontrolle in der Wissenschaft"	66
b)	Die "Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit" (ZKBS)	67
c)	Ethikkommissionen im Bereich der klinischen Arzneimittelprüfung	69
III.	"Paradigmenwechsel" im Verwaltungshandeln? – Von der direkten hin zu mehr indirekter Verhaltenssteuerung	71
1.	Auf nationaler Ebene	72
a)	Der Kommissionsentwurf zu einem Umweltgesetzbuch (UGB-KomE)	72
b)	Private Technische Normung und Arbeitsschutzrecht	76
c)	Die amtliche Einführung technischer Regelwerke	77
d)	Selbstverpflichtungsabkommen	78
e)	Normersetzende Verträge	81
2.	Auf europäischer Ebene	83
a)	Arbeitsschutz	83
b)	Datenschutz	84
c)	Umwelt-Audit	86
IV.	Fazit	88

C.	<i>Die beiden Modellvorschläge</i>	90
I.	Die Ausgangslage beider Modelle	90
II.	Die unterschiedlichen Modellziele	92
III.	Das Modell I	94
1.	Phasen sprunghafter Innovationen als Ausgangslage und Anwendungsbereich	95
2.	Kurze Modellbeschreibung	97
3.	Wirkungsweise sowie innere wie äußere Struktur des Modells	98
a)	Legitimationsanforderungen und Gemeinwohlsicherung	99
b)	Verbindlichkeit der Regelwerke	100
(1)	Stärkung der Verbindlichkeit über Selbstverpflichtungsabkommen	100
(2)	Schaffung von rechtlicher sowie Erhöhung der faktischen Bindungswirkung	102
c)	Organisatorische Einzelheiten	103
(1)	Die Anbindung der Kommission an die DFG	103
(2)	Die personelle Zusammensetzung der Kommission	105
(3)	Vorschlagsrechte und Besetzungsverfahren	109
(4)	Aufsicht und Weisungsbefugnisse	111
(5)	Transparenz und Publizität der Kommissionsarbeit	112
d)	Notwendigkeit normativer Grundlagen	114
4.	Mögliche Anwendungsfelder für das Modell	116
IV.	Wechselwirkungen zwischen gesetzlicher Regelungsreife, Parlamentsvorbehalt und dem Modell I als einem System wissenschaftlicher Selbstregulierung	119
1.	Die Regelungsreife als Voraussetzung eines angemessenen Rechtsgüterausgleichs	120
a)	Das Prinzip der praktischen Konkordanz als bedeutsamstes Prinzip des Rechtsgüterausgleichs	121
b)	Gesetzliche Regelungsreife und Parlamentsvorbehalt	123
2.	Das Modell I im Spannungsfeld zwischen Subsidiaritätsprinzip und Parlamentsvorbehalt	125
a)	Verbesserung der Qualität gesetzgeberischer Prognoseentscheidungen	125

b)	Selbstregulierung und Wesentlichkeitsgrundsatz	126
c)	Übermaßverbot und Subsidiaritätsprinzip	127
3.	Zwischenfazit	130
V.	Modell II	131
1.	Die staatlich regulierte Forschung als Anwendungsbereich	132
2.	Kurze Modellbeschreibung	135
3.	Wirkungsweise sowie innere wie äußere Struktur des Modells	137
a)	Verbindlichkeit der Regelwerke und der Kommissionsvoten	137
(1)	Verbindlichkeit der Regelwerke und Möglichkeiten der Stärkung ihrer Bindungswirkung	137
(a)	Zulässigkeit normersetzender Selbstverpflichtungs- abkommen auf Verordnungsebene	139
(b)	Zulässigkeit "normkonkretisierender" Selbstverpflich- tungsabkommen	141
(2)	Verbindlichkeit der Kommissionsvoten sowie Möglichkei- ten der Stärkung ihrer Bindungswirkung	142
b)	Organisatorische Einzelheiten	145
(1)	Die Anbindung der Kommission an die DFG	145
(2)	Die personelle Zusammensetzung der Kommission	147
(a)	Als Institution privater Standardsetzung	147
(b)	Als beratend am Normenvollzug beteiligtes Gremium	150
(3)	Vorschlagsrechte und Besetzungsverfahren	153
(4)	Aufsicht und Weisungsbefugnisse	155
(5)	Transparenz und Publizität der Kommissionsarbeit	155
c)	Notwendigkeit normativer Grundlagen	157
(1)	Für die standardsetzende Tätigkeit	157
(2)	Für die Beteiligung am Normenvollzug	160
(a)	Das Gebot sachverständiger Forschungsregulierung	161
(b)	Die Kommission als Institution wissenschaftlicher Selbstkontrolle vor dem Hintergrund des Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG	163
(c)	Das Verhältnis von Fremd- und Eigenkontrolle im Bereich naturwissenschaftlich-technischer Forschung	164
d)	Zusammenfassung der Einzelheiten zur Ausgestaltung normativer Grundlagen	165
4.	Mögliche Anwendungsfelder für das Modell	166

5.	Unterschiede zwischen den Auswirkungen des Modells und denen bereits bestehender Ansätze gesellschaftlicher Selbstregulierung in einzelnen Fachgesetzen	170
VI.	Fazit: Die Wirkungen der Modelle	171
<i>D.</i>	<i>Die Folgen der Schlechterfüllung bei institutionalisierter Selbstregulierung</i>	173
I.	Staatliche Gewährleistungsverantwortung und staatliche Einstandspflicht	173
II.	Die Modellvorschläge unter dem Blick des Haftungsrechts	176
1.	Staatliche Gewährleistungsverantwortung und Staatshaftung	176
a)	Haftung für Rechtsetzungsunrecht	176
b)	Staatshaftung im Rahmen administrativer Letztentscheidungskompetenz	179
2.	Haftung der DFG als "Dienstleister" für die Sachverständigenkommission	179
3.	Haftung der Forschungsorganisationen	180
a)	Privatrechtlich organisierte Forschungsorganisationen	180
b)	Öffentlich-rechtlich organisierte Forschungsorganisationen	181
4.	Persönliche Haftung der Kommissionsmitglieder	183
a)	Die Haftung im Außenverhältnis	184
b)	Die Haftung im Innenverhältnis	185
5.	Der Sorgfaltsmaßstab	185
III.	Fazit	187
<i>E.</i>	<i>Ergebnisse</i>	189
	Literaturverzeichnis	199